

P r o t o k o l l
der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom
24. Januar 1964

1. Vorbereitung der Kennedy-Runde

Herr Minister Weitnauer orientiert über den Verlauf der vorbereitenden Arbeiten seit Mitte Dezember 1963. Am 16. Dezember wurde die der Ständigen Wirtschaftsdelegation bekannte schweizerische Note über das Problem der Disparitäten der EWG-Kommission und den Regierungen der EWG-Länder überreicht. Am 23. Dezember schloss der EWG-Ministerrat seine Marathonsitzung. Der allgemeine Eindruck ist, dass das schweizerische Anliegen zur Kenntnis der EWG-Minister gelangt war. Im Hinblick auf die Kennedy-Runde ist das Ergebnis der EWG-Ministersitzung aus zwei Gründen bedeutsam: Erstens wurde eine Einigung über die gemeinsame Agrarpolitik der EWG in ihrer Gesamtheit erzielt, womit die Grundlage für eine Agrardiskussion im Rahmen des GATT geschaffen ist; zweitens erklärten sich die Minister bereit, den Grundsatz der 50-prozentigen Zöllsenkung zu übernehmen. In bezug auf das die Schweiz besonders interessierende Disparitätenproblem beschlossen sie, von der bisherigen "30-10"-Formel abzugehen und als Kriterium dasjenige des "double écart" zu fordern, d.h. der hohe Zollansatz muss mindestens das Doppelte des niedrigen betragen, wobei der Unterschied bei Fertigprodukten und Rohstoffen mindestens 10 Prozentpunkte betragen muss. Damit fällt die bisher geforderte untere Grenze weg. Schliesslich bestätigen die EWG-Minister die zusätzlichen Kriterien: Keine Anrufung des Disparitätenargumentes, wenn das Niedrigzollland keine eigene Produktion hat und keine Importe in der betreffenden Position tätigt.

Die weiteren Punkte der schweizerischen Note blieben unberücksichtigt: Berücksichtigung der Disparität nur wenn eine solche geltend gemacht wird, Berücksichtigung der Einfuhrsituation, insbesondere die Bedingung, dass keine Disparität geltend gemacht



- 2 -

werden kann für Positionen, für welche ein Drittstaat und nicht das Hochtarifland Hauptlieferant des Niedrigtariflandes ist. Gesamthaft kann gesagt werden, die schweizerische Note habe einen nachhaltigen Eindruck bei den EWG-Gremien hinterlassen und sie auf den "europäischen Aspekt" des Disparitätenproblems aufmerksam gemacht. Die EWG will diesem Aspekt Rechnung tragen durch Konsultationen mit Drittstaaten, die ernste Folgen der Nichtreduzierung der EWG-Zölle um 50 Prozent befürchten müssen. Das neue Kriterium der EWG hat zu neuen Rechnungen Anlass gegeben, wenn auch die von der EWG in Aussicht gestellten Einfuhrstatistiken noch fehlen: Bei insgesamt über 1000 Positionen (von den total 2300 Industriepositionen des Gemeinsamen Tarifs) kann nach dem neuen Kriterium eine Disparität geltend gemacht werden, was eine beunruhigend hohe Zahl ist.

Im Rahmen der seit Ende Dezember regen diplomatischen Aktivität ist die Schweiz von der EWG-Kommission und unerwarteterweise auch von Frankreich zu Konsultationen eingeladen worden. Die Besprechungen in Brüssel haben den Eindruck bestärkt, dass die schweizerische Demarche in EWG-Kreisen Eindruck gemacht hat. Die EWG ist unglücklich über die Isolierung, in die sie im GATT geraten ist. Sie ist bereit, dem "schweizerischen Fall" gerecht zu werden, aber vorderhand nicht auf dem Wege einer generellen Regelung. Das würde bedeuten, dass die Regelung bei mehr als der Hälfte der Positionen, bei denen die Schweiz Hauptlieferant der EWG ist, im Rahmen eines "hardship exercice" getroffen würde. Die USA sind sehr interessiert am schweizerischen Fall, erstaunt über die Stellung der Schweiz als zweitwichtigster Abnehmer der EWG und bestrebt, den Fall als Paradebeispiel zu wählen, um die Stupidität der Disparitätentheorie der EWG zu beweisen. Die Schweiz hat den Vereinigten Staaten die Zusicherung gegeben, dass sie sich für eine möglichst umfassende Zollherabsetzung im Rahmen der Kennedy-Runde einsetzen werde und dass sie auf die Anrufung des Disparitätenargumentes gegenüber den USA verzichte. Die

. / .

- 3 -

Kennedy-Runde wird nur unter der Voraussetzung eines Kompromisses zwischen der EWG, den USA und Grossbritannien zustande kommen. Die beiden letzteren wissen, dass sie sich ihre Disparität etwas kosten lassen müssen. Mit Grossbritannien sollten Besprechungen anlässlich der EFTA-Ministertagung vom 13./14. Februar gepflogen werden.

Die Ständige Wirtschaftsdelegation bekräftigt die Bereitschaft der Schweiz, zu einer liberalen Lösung Hand zu bieten, aber auf einer festen Regelung des schweizerischen Falles zu bestehen, sich nicht mit blossen Zusicherungen zu begnügen. Die Schweiz will nicht die USA gegenüber der EWG und umgekehrt die EWG gegenüber den Vereinigten Staaten ausspielen. Die Frage der möglichen Retorsionen von seiten der Schweiz bedarf erst eingehender Prüfung.

2. Welthandelskonferenz

Herr Languetin referiert über die Arbeiten des "Comité Forthomme". In der letzten Sitzung des Komitees wurden - unter Mitwirkung des Exekutivsekretärs des GATT, E. Wyndham White - vor allem die institutionellen Fragen diskutiert. Während White der Meinung ist, den Forderungen der Entwicklungsstaaten könne im Rahmen des GATT entsprochen werden, ist es die Auffassung der wichtigsten Hauptstädte, dass es unvermeidlich ist, einen neuen institutionellen Rahmen zu schaffen. Die USA haben den Weg der UNO und deren Zweiten Kommission aus innenpolitischen Gründen gewählt. Einer Pflicht zur Berichterstattung durch das GATT im neuen UNO-Organ könnte ohne weiteres zugestimmt werden. Hingegen müsste das GATT unbedingt sein Statut aufrechterhalten, sowie seine Wirksamkeit. Umstritten ist noch die Frage, ob das neue Gremium sich auf bestehende UNO-Organe stützen oder eine Organisation lediglich im Rahmen der UNO sein soll. Da die Kosten der Konferenz auf mehr als 2,5 Millionen Dollar veranschlagt werden, könnte die Frage der Verteilung der Kosten für den Fall, dass sie

nicht im Rahmen der UNO stattfinden würde, zu gewissen Problemen führen.

Im weiteren standen Finanzprobleme im Vordergrund der Diskussion. Die UNO unternimmt zurzeit Studien über die langfristigen Fluktuationen der Zahlungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer neigen dazu, die Industrieländer zu veranlassen, diese globalen Defizite automatisch zu decken. Eine Variante einer derartigen Globallösung wäre, von den Industrieländern zu verlangen, dass sie die Verschlechterung der "terms of trade" ausgleichen würden. Solche Lösungsmöglichkeiten werden von den Industriestaaten kategorisch abgelehnt. Das "Comité Forthomme" schlägt eine pragmatische Prüfung aller Zahlungsbilanzposten vor mit dem Zweck, die Einnahmen der Entwicklungsländer zu erhöhen und deren Ausgaben herabzusetzen, auch auf dem Gebiete der "invisibles".

Mit dem Studium der Frage der Schiffstransporte wurde erstmals ein bestimmter Sektor zur Diskussion gestellt. Die Opportunität eines Vorschlags, Schifffahrtslinien durch die Entwicklungsländer betreiben zu lassen, wurde vom "Comité Forthomme" diskutiert. Von gewissen Ländern wurde bei einem solchen Vorschlag angezweifelt, ob er zu Deviseneinsparungen führen würde. Der Vorschlag wurde dem "Comité des transports maritimes" zur weiteren Prüfung überwiesen. Zur Diskussion stand auch das Problem der Kredite beim Export von Konsumgütern, insbesondere die Krediterteilung von der Zeit der Verzollung im Entwicklungsland bis zur Zeit des Weiterverkaufs der Ware.

Für die nächste Woche in New York beginnende 3. Tagung des Vorbereitenden Komitees für die UNO-Welthandelskonferenz empfiehlt das "Comité Forthomme" den teilnehmenden Staaten, sich weitgehenden Änderungen der Traktandenliste, sowie der Zulassung als Teilnehmer von Staaten oder Organisationen, die nicht Mitglied der UNO sein können, zu widersetzen. Die Ständige Wirt-

- 5 -

schaftsdelegation vertritt die Auffassung, dass die institutionellen Probleme gegenwärtig nicht Anlass zu schweizerischen Vorstössen geben.

Die bisherige Hilfe soll weitergeführt und wenn möglich verbessert werden. Das Vorgehen im Sinne eines pragmatischen "approach" wird unterstützt. Ein Bericht des Sekretariates der Handelsabteilung über die Pariser Sitzung ist in Vorbereitung.

3. Konsultative Kommission für Handelspolitik

Deren Einberufung wird für 1. Hälfte März vorgesehen.

4-1-64